



Niederschrift

15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin: Dienstag, 11.08.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:31 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

| | |
|-----------------------|-----------------------|
| Frau Saskia Hüneke | Bündnis 90/Die Grünen |
| Herr Pete Heuer | SPD |
| Frau Babette Reimers | SPD |
| Herr Dr. Gert Zöllner | Bündnis 90/Die Grünen |
| Herr Ralf Jäkel | DIE LINKE |
| Herr Steffen Pfrogner | DIE aNDERE |
| Herr Chaled-Uwe Said | AfD |

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis bis ca. 21:15 Uhr

sachkundige Einwohner

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Herr Ken Gericke | Bündnis 90/Die Grünen |
| Herr Horst Heinzl | BürgerBündnis |
| Herr Stefan Matz | BI Fahrland |
| Herr Werner Pahnhenrich | CDU |
| Herr Marcel Schulz | SPD |
| Herr André Tomczak | DIE aNDERE |

- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Verschiedenes
 - 4.1 Gesundheitsgasse zwischen Geschwister-Scholl und Zeppelinstraße/Bahnhof Charlottenhof
 - 4.2 Brief eines Bürgers an den Bauausschuss vom 7.7.2020, betr. u.a. Fähre 1 und Bauvorhaben auf Hermannswerder
 - 4.3 Sanierung Schafgraben zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Zeppelinstraße/ Brandenburger Vorstadt
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Friedhof für Krampnitz
Vorlage: 20/SVV/0142
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
OBR Fahrland, SBWL
 - 5.2 Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1291
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
zurück überwiesen in SBWL, KUM + ÄA CDU vom 20.05.2020
(Wiedervorlage)
 - 5.3 Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß §172 Abs.1 Satz1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs
Vorlage: 20/SVV/0441
Fraktion DIE LINKE
GSWI, SBWL
(Wiedervorlage)
 - 5.4 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung des Integrierten Leitbautenkonzepts, Vergabeverfahren für den Block IV
Vorlage: 20/SVV/0476
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, HA
 - 5.5 Beschluss zur öffentlichen Auslegung der Denkmalbereichssatzung für die Nauener Vorstadt
Vorlage: 20/SVV/0491
Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
 - 5.6 Ein Depot für das Potsdam-Museum
Vorlage: 20/SVV/0512
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
SBWL, KA
 - 5.7 Digitaler Marktplatz für den Potsdamer Einzelhandel
Vorlage: 20/SVV/0509
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 5.8 Kontaktaufnahme zum Eigentümer Victoria-Eck

- Vorlage: 20/SVV/0521
Fraktion SPD
- 5.9 Sitzungskalender 2021
Vorlage: 20/SVV/0524
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.10 Befestigung Uetzer Dorfstraße
Vorlage: 20/SVV/0528
Fraktion SPD
SBWL, KUM
- 5.11 Beachvolleyballangebot im Volkspark erweitern
Vorlage: 20/SVV/0529
Fraktion CDU
+ ÄA Fraktion DIE LINKE
- 5.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21, TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger
- 5.12.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0035
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.12.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung
Vorlage: 20/SVV/0033
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.13 Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern
Vorlage: 20/SVV/0563
Oberbürgermeister, Büro für integrierte städtische Planungen und Projekte
(Mitteilungsvorlage)
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Information - B-Plan 36-2 Leipziger Str. / Brauhausberg, 1. Änderung -
Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag mit SWP
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6.2 Bericht zum Boulevard des Films
Bereich Marketing
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des

öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.06.2020 sowie der Sitzung vom 30.06.2020/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 09.06.2020 erfolgt die Bitte von Herrn Said auf Korrektur im Top 4.15 Bürgerhaushalt „Umgehungsstraße realisieren“ Der Satz: „Herr Said bestätigt, dass es keine Notwendigkeit für den 3. Havelübergang gebe.“ ist zu streichen. Stattdessen ist einzusetzen: „Herr Said betont, dass es eine dringende Notwendigkeit für den 3. Havelübergang gebe, vor dem Hintergrund stetigen Zuzugs in die nördlichen Stadtteile und zur Entlastung der anderen beiden Havelübergänge.“

Gegen die Korrektur erfolgt kein Widerspruch, so dass die Niederschrift mit der vorgenannten Änderung einstimmig bestätigt wird.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 30.06.2020 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung werden folgende Wünsche vorgebracht:

Der Ausschussvorsitzende fragt, ob es Nachfragen zur Mitteilungsvorlage TOP 5.13 „Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern“. Falls ja wird vorgeschlagen, den TOP vorzuziehen.

Ebenso erfolgt die Bitte den TOP 6.2 „Bericht zum Boulevard des Films“ vorzuziehen, da hierzu eine externe Vertretung anwesend ist.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Zustimmung, so dass der TOP 6.2 gleich nach den Tagesordnungspunkten unter 4 behandelt wird und daran anschließend der TOP 5.13.

Frau Hüneke bittet den Antrag TOP 5.6 „Ein Depot für das Potsdam-Museum“ nochmals zu vertagen.

Auch hier erfolgt kein Widerspruch. Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Die Vorrunde mit Mitgliedern des Ausschusses hat stattgefunden.

Herr Jäkel bittet in der nächsten Sitzung um Erläuterungen zur Kaiser-Friedrich-Straße 2 „Onkel Emil“ in Eiche.

Frau Hüneke bittet um Informationen zum Ergänzungsbauwerk zum Offiziershaus in der Berliner Straße.

Nach kurzer Verständigung bestätigt Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) dass die Vorstellung in der nächsten Sitzung erfolgen könne, um allen Ausschussmitgliedern die Gelegenheit zu geben, sich ein gemeinsames Bild machen zu können.

Herr Pfrogner berichtet, dass er an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen habe. Dort sei auf typische Verfahrensfehler bei der Aufstellung von Bebauungsplänen aufmerksam gemacht worden. Insbesondere die verfahrensrechtliche Situation zum Umgang mit den Anträgen auf Befreiung nach § 31 BauGB sollte in einer der nächsten Sitzungen, spätestens im nächsten halben Jahr, nochmals thematisiert werden.

zu 4 Verschiedenes

zu 4.1 Gesundheitsgasse zwischen Geschwister-Scholl und Zeppelinstraße/Bahnhof Charlottenhof

Der Ausschussvorsitzende erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Wiedereröffnung der Gesundheitsgasse in der Brandenburger Vorstadt.

Die Information der Verwaltung, dass vonseiten der Eigentümer keine Reaktion erfolgt sei und von daher das Straßennamensschild entfernt wird, sollte so nicht hingenommen werden. Herr Dr. Niekisch betont, dass das Interesse vonseiten der anliegenden Apotheke und Ärzte sowie Anwohner nach wie vor besteht. Ein Vor-Ort-Einsatz sei sinnvoll. Herr Dr. Niekisch versichert, dass er sich selbst bei den Ärzten und dem Apotheker um Kontakt zu den beiden Grundstückseigentümern einsetzen werde, die bisher noch nicht reagiert haben.

Herr Jäkel bestätigt, dass es sich hier um ein zentrales Anliegen im Wohngebiet handelt. Er befürchtet, dass das Straßennamensschild bereits entfernt worden ist und wird dies prüfen.

Die Zielstellung der Wiedereröffnung sei weiter zu verfolgen.

zu 4.2 Brief eines Bürgers an den Bauausschuss vom 7.7.2020, betrifft u.a. Fähre 1 und Bauvorhaben auf Hermannswerder

Der Ausschussvorsitzende erläutert den Sachverhalt. Es habe im Posteingang der Stadtverwaltung ein Schreiben gegeben, welches an die Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Bauausschuss, gerichtet war. Der Brief ist jedoch von der zentralen Poststelle nicht an das Büro der Stadtverordnetenversammlung gegangen, sondern in den Fachbereich

Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur geleitet worden. Durch den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt wurde der Brief beantwortet und die Ausschussmitglieder per Kopie von dem Schreiben und der Beantwortung in Kenntnis gesetzt. Herr Dr. Niekisch kritisiert insbesondere, dass man nicht den Versuch unternommen habe, mit ihm Kontakt aufzunehmen und hält diese Verfahrensweise für anmaßend.

Herr Rubelt bestätigt, dass die Verwaltung den pragmatischen Umgang gewählt habe und auf diesem Wege die inhaltliche Intention allen Mitgliedern des Ausschusses zugänglich machen wollte.

Nach längerer Diskussion unter Beteiligung von Herrn Heuer, Herrn Kirsch, Herrn Pfrogner und Herrn Jäkel über den nicht zufriedenstellenden Verlauf, wird nochmals ausdrücklich festgehalten, dass Post, die an den Bauausschuss und den Ausschussvorsitzenden adressiert ist, auch unverzüglich an den Vorsitzenden weiterzuleiten ist.

zu 4.3 Sanierung Schafgraben zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Zeppelinstraße/ Brandenburger Vorstadt

Herr Dr. Niekisch erinnert, dass es hier die Zusage der Verwaltung zur Sanierung gegeben habe und betont, dass die Unfallgefahr nach wie vor besteht.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) berichtet, dass es sich hier nicht um eine Unfallhäufungsstelle handelt, jedoch der Belag überarbeitungsbedürftig sei. Die Ausschreibung der Planungsleistungen „Erneuerung Schafgraben“ sei nach erneutem Versuch erfolgreich gewesen, so dass folgende Termine vereinbart worden sind:

- Leistungsphasen 1-4 Vermessung: bis 31.08.2020
- Leistungsphasen 1-6 Verkehrsanlagen: bis 31.01.2021

Herr Dr. Niekisch bittet ggf. zu geeigneter Zeit um Information im Ausschuss.

zu 6.2 Bericht zum Boulevard des Films Bereich Marketing

Der TOP wird vorgezogen.

Frau Dr. Sommer (Bereich Marketing) informiert gemeinsam mit Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) und Frau Rauschenbach (Bundesarchiv, Leiterin des Filmarchivs) über das Vorhaben, die Brandenburger Straße im Zuge ihrer grundlegenden Sanierung ab 2021 in einen Boulevard des Films umzugestalten. Ausschlaggebend für die Entscheidung waren hierbei die Bedeutung für den Standort (Kreativität aus Potsdam), die gesellschaftliche Relevanz, der Publikumserfolg/Kultcharakter des Films, die besondere künstlerische oder technische Leistung sowie Auszeichnungen und Preise für die Werke. Die Auswahl der 50 Filme soll nun der Öffentlichkeit im Rahmen einer

Bürgerbeteiligung vorgestellt werden. Die Potsdamerinnen und Potsdamer sind aufgerufen, ihre Lieblingsfilme zu definieren. Für das Bauvorhaben Brandenburger Straße selbst soll bis zum Ende dieses Jahres die Ausschreibung der Bauleistungen laufen. Die Realisierung erfolgt in drei Bauabschnitten ab März 2021 bis 2023. Geplant ist, dass die Arbeiten jeweils von März bis Oktober durchgeführt werden. Die Farbe des Natursteins und das Verlegeraster wurden u. a. in Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem bisherigen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen definiert. Die Platten für den „Boulevard des Films“ werden auf der gesamten Länge geplant. Dabei sind die Kreuzungsbereiche ausgenommen. Auf diese Weise gibt es Platz für ca. 55 Gestaltungselemente von Am Bassin (vorausgesetzt der Abschnitt von Am Bassin bis zur Friedrich-Ebert-Straße wird Fußgängerzone) bis zum Brandenburger Tor. Mit der Realisierung des „Boulevard des Films“ im Rahmen eines geplanten Investitionsverfahrens leistet Potsdam einen Beitrag zur Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, zu deren Einhaltung jede UNESCO Kreativstadt verpflichtet ist.

Auf Rückfragen und Hinweise einzelner Ausschussmitglieder wird eingegangen und die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 5.13 Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern

Vorlage: 20/SVV/0563

Oberbürgermeister, Büro für integrierte städtische Planungen und Projekte (Mitteilungsvorlage)

Die Mitteilungsvorlage mit dem Ergebnis der Prüfungen zum Beschluss 19/SVV/1383 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Jäkel regt zur sicheren Erreichbarkeit der Badfläche eine kreuzungsfreie Querung an. Dies könne durch eine Untertunnelung erfolgen.

Frau Hüneke erkundigt sich, ob die Untertunnelung eine Realisierungschance habe.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) berichtet, dass sich bundesweit alle Städte bemühen, Unterführungen aufgrund mangelnder sozialer Sicherheit (Angsträume) zu beseitigen.

Herr Jäkel verweist auf die 4 - 5 m breite Unterführung am Starnberger See aufmerksam, die gut angenommen wird. Sicher gibt es auch andere Beispiele, wo Unterführungen sehr gut funktionieren.

Herr Kümmel (Planungsbüro) geht auf einzelne Nachfragen ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes **nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/00563 zur Kenntnis.**

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Friedhof für Krampnitz

Vorlage: 20/SVV/0142

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
OBR Fahrland, SBWL

Herr Kümmel (Planungsbüro) informiert über das Ergebnis der Prüfung und empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Herr Jäkel bittet, die Ausführungen von Herrn Kümmel als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen, um sich nochmals in der Fraktion damit auseinandersetzen zu können.

Der Antrag 20/SVV/0142 wird zurückgestellt.

zu 5.2 Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung

Vorlage: 19/SVV/1291

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
zurück überwiesen in SBWL, KUM + ÄA CDU vom 20.05.2020
(Wiedervorlage)

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) erinnert an die frühere Befassung im hiesigen Ausschuss. Auch der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität hat sich nochmals mit dem Antrag befasst und ihn einstimmig mit folgenden Änderungen zur Beschlussfassung empfohlen:

„Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung**leitlinie**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtverordneten spätestens in der ~~März-Sitzung 2020~~ **Januar-Sitzung 2021** den Entwurf einer Lichtschutzsatzung**leitlinie** zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Mit dem Erlass einer solchen ~~Satzung~~ **Leitlinie** soll die Lichtverschmutzung im Stadtgebiet deutlich reduziert werden, um einerseits die Arbeit der Sternwarte zu erleichtern und darüber hinaus um Insekten und Vögel vor unnötigen Lichtquellen zu schützen.“

Verwaltungsseitig könne dem Antrag in der vorgenannten Fassung gefolgt werden.

Herr Pfrogner äußert, dass die Fraktion DIE aNDERE dem Antrag in dieser Form zustimmen könne. Wichtig sei es, das Thema in die Bevölkerung zu bringen.

Herr Jäkel bittet die Aspekte

- Technische Beleuchtung im öffentlichen Raum
- Vermeidung von Lichtverschmutzung
- Illumination und Werkebeleuchtung

zu berücksichtigen und hält eine Gesamt- und ganzzeitliche Betrachtung für erforderlich.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Anpassung Titel: Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung**leitlinie**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtverordneten spätestens in der ~~März-Sitzung 2020~~ **Januar-Sitzung 2021** den Entwurf einer Lichtschutzsatzung**leitlinie** zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Mit dem Erlass einer solchen ~~Satzung~~-**Leitlinie** soll die Lichtverschmutzung im Stadtgebiet deutlich reduziert werden, um einerseits die Arbeit der Sternwarte zu erleichtern und darüber hinaus um Insekten und Vögel vor unnötigen Lichtquellen zu schützen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 7 |
| Ablehnung: | 1 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

zu 5.3 Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß §172 Abs.1 Satz1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs

Vorlage: 20/SVV/0441

Fraktion DIE LINKE

GSWI, SBWL

(Wiedervorlage)

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) informiert, dass sich parallel eine Mitteilungsvorlage zum Beschluss 19/SVV/0686 im Geschäftsgang befindet. Es ist vorgesehen, die Mitteilungsvorlage in der Stadtverordnetenversammlung im August 2020 einzubringen. Herr Jekel schlägt vor, den Antrag nochmals zurückzustellen und dann gemeinsam mit der Mitteilungsvorlage im Ausschuss aufzurufen.

Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag so zu verfahren.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird nach kurzer Verständigung gefolgt. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung gemeinsam mit der Mitteilungsvorlage aufgerufen.

zu 5.4 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung des Integrierten Leitbautenkonzepts, Vergabeverfahren für den Block IV
Vorlage: 20/SVV/0476

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, HA

Frau Rabbe (Sanierungsträger Potsdam) bringt die Vorlage ein. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag werden die bestehenden Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Leitbautenkonzept für den Block IV weiter konkretisiert. Die Anpassungen gegenüber dem Vergabeverfahren Block III wurden am 18.12.2019 gemeinsam in der interfraktionellen Arbeitsgruppe erörtert. Anregungen und Hinweise wurden bei der folgenden Erarbeitung des Beschlussvorschlags nebst Anlagen berücksichtigt.

Grundlegende Ziele bleiben auch im Vergabeverfahren Block IV die folgenden:

- Stärkung der innerstädtischen Wohnnutzung
- Entwicklung eines innerstädtisch gemischt genutzten Quartiers
- Stärkung der Funktion innerstädtischen Wohnens für Studierende
- Sicherung von architektonischen und städtebaulichen Qualitäten
- Sicherung einer vielschichtigen Bauherrenschaft

Darüber hinaus werden folgende Ziele für den Block IV konkreter formuliert und ausgeweitet:

- Deutliche Erhöhung des Anteils an mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum (Mischung aus gefördertem und mietpreisgedämpftem Wohnungsbau)
- Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum (Wohnungsgrößen)
- Verlängerung der Lauf-/Bindungszeiten für den mietpreisgedämpften Wohnungsbau über einen Mindestzeitraum von 20 Jahren hinaus (bis zu 30 Jahre)

Zudem wesentliche Anpassungen gegenüber der bestehenden Beschlussfassung zum Vergabeverfahren Block III sind:

- Anwendung von zwei Verfahrensansätzen:
 - Direktvergabe von zwei Losen (Lose 1 und 2)
 - Los 1 an die ProPotsdam GmbH (mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum, öffentlich/gewerbliche Nutzungen – insb. Erweiterungsflächen für das Bildungsforum)
 - Los 2 an das Land Brandenburg oder einen geeigneten Partner zur Errichtung eines Studierendenwohnheims (Umsetzung des Beschlusses 16/SVV/0195 „Studentisches Leben im historischen Stadtzentrum sichern“)
 - Bieter-Architekten-Verfahren in zwei Stufen (Lose 3 und 4)
- Größere „Bieterlose“ bei gleichzeitiger Wahrung des Parzellenbezugs
- Bewertung der „Bindungsdauer“ im preisgedämpften Wohnungsbau (Lose 3 und 4)

- Bewertung der Wohnungsgröße (Anzahl der Räume)
- Erweiterungsmöglichkeit für Nutzungen aus dem Bildungsforum im direkt westlich an das Bildungsforum anschließenden Gebäude

Herr Jäkel informiert, dass in seiner Fraktion gegenwärtig noch zwei Änderungspunkte diskutiert werden, welche er hier ankündigt:

- Anlage 5a – Verfahrensgrundsätze
Auf Seite 1 von 5 ... über einen Mindestzeitraum von 20 Jahren hinaus (bis zu 30 Jahre) – Austausch **gegen 20 bis 50 Jahre** und Seite 2 von 5 ... von 20 **bis 30 Jahren**

(hier die Gewichtung mehr im Interesse der Potsdamer Wohnungsgenossenschaften)

- Anlage 5a Seite 2 von 5 - Anzahl von Wohnungen mit mindestens 5 oder mehr Räumen“ im gebundenen mietpreisgedämpften Wohnungsbau, Herr Jäkel regt an: hier durchaus mittlere oder kleinere Wohnungen vorzusehen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) macht hinsichtlich der angekündigten Änderungsanträge aufmerksam, dass die Durchsetzung einer noch längeren Bindungsfrist aufgrund der grundrechtlich geschützten Eigentumsbindung rechtlich problematisch sei und verweist darauf, dass gerade diese Thematik sehr lange und intensiv mit dem Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration erörtert worden ist. In der Vorlage ist man der Empfehlung aus dem Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration gefolgt. Bezüglich des zweiten Änderungswunsches klärt Herr Goetzmann auf, dass es sich bei den angegebenen Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (Küche und Bad sind hier nicht mitgezählt) um Wohnungen für Großfamilien oder für Mehr-Generationen-Wohnen handelt. Es gehe hier nicht um Wohlstandswohnungen mit entsprechender Größe.

Er bittet dringend nochmals über die Änderungsanträge hinsichtlich der sozialen Anforderungen nachzudenken.

Im Laufe der Diskussion wird von verschiedenen Ausschussmitgliedern betont, dass hier eine gute Lösung für die Potsdamer Mitte gefunden worden ist.

Frau Hüneke stellt noch einmal aus ihrer Sicht fest, dass kleine Lose auch für den Aufbau des Blocks IV besser gewesen wäre.

Auch Herr Dr. Niekisch äußerte die Kritik, dass die Lose zu groß, zwei wesentliche davon ohne Ausschreibung vergeben werden sollen und vor allem nach der vereinfachten Konzeptvergabe gegenüber dem Block III hier erst danach über die Architektur entschieden werde. Dabei bestehe die Gefahr monotoner Fassaden.

Herr Heuer gibt demgegenüber zu bedenken, das der große Schritt, der hier zur

weiteren Bebauung der Potsdamer Mitte gegangen werde, nicht aus den Augen verloren gehen dürfe.

Auf einzelne Nachfragen geht Frau Rabbe ein.

Herr Pahnhenrich stellt fest, dass die Gebäudepässe die fehlende Gestaltungssatzung ersetzen sollen und fragt nach, wie es mit der Nachhaltigkeit bestellt ist. Gelten die Gebäudepässe nur für den Erstinvestor oder binden diese auch spätere Investoren hinsichtlich Gestaltung und Nutzung der Gebäude?

Frau Rabbe betonte, dass die Gestaltungs- und Nutzungselemente der einzelnen Gebäude nicht nur in den Gebäudepässen, sondern auch im B-Plan festgeschrieben sind und dadurch und dadurch Nachhaltigkeit aufweisen.

Herr Heuer unterbreitet den Verfahrensvorschlag, im Ausschuss ein klares Votum abzugeben und nicht im Nachgang noch Änderungsanträge zu stellen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Zur weiteren Konkretisierung der Beschlüsse 10/SVV/0412 („Integriertes Leitbautenkonzept“) und 16/SVV/0269 („Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV“) soll die Entwicklung des Blockes IV entsprechend des in **Anlage 1** dargestellten Blockkonzeptes sowie unter Beachtung der angepassten Ziele und Leitlinien gemäß **Anlage 2** erfolgen.
2. Bestandteil der Ausschreibung der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke in Block IV sind die parzellenbezogenen konkretisierenden Vorgaben zu Gestaltung und Nutzung in den Gebäudepässen gemäß **Anlage 3**.
3. Für die Ausschreibung/Vergabe der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke des Blockes IV mit 4 Losen laut Losplan gemäß **Anlage 4**, sind die Verfahrensgrundsätze gemäß **Anlage 5** anzuwenden. Für alle Lose ist zur Umsetzung der Gestaltanforderungen ein wettbewerbliches Verfahren durchzuführen.
4. Das Los 1 wird zum gutachterlich ermittelten Neuordnungswert direkt an die ProPotsdam GmbH vergeben. Das direkt an das Bildungsforum angrenzende Gebäude soll vorrangig der Nutzung öffentlich/gewerblicher Nutzungsinteressenten aus dem Bildungsforum dienen. Die entsprechend der Gebäudepässe für das Los 1 definierten Geschossflächen für Wohnen sind mit gefördertem und gebundenem Wohnraum herzustellen.
5. Das Los 2 wird zum gutachterlich ermittelten Neuordnungswert direkt an

das Land Brandenburg oder einen geeigneten Partner vergeben, um studentisches Wohnen zu errichten.

6. Für die Lose 3 und 4 wird ein Vergabeverfahren gemäß **Anlage 5** durchgeführt. Die Grundstücksvergabe erfolgt zum gutachterlich ermittelten Neuordnungswert durch Anhandgabe an die im Verfahren ausgewählten Bestbieter oder bei Absage an dessen Nachrücker.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 7 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

Sitzungspause von 20:12 Uhr bis 20:19 Uhr.

zu 5.5 Beschluss zur öffentlichen Auslegung der Denkmalbereichssatzung für die Nauener Vorstadt

Vorlage: 20/SVV/0491

Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) bringt die Vorlage ein und erinnert, dass die Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2001 auf der Grundlage des Denkmalschutzgesetzes des Landes Brandenburg eine ordnungsbehördliche Verordnung zum vorläufigen Schutz des Denkmalbereiches „Südliche Nauener Vorstadt“ erlassen hat. Die Gültigkeit der ordnungsbehördlichen Verordnung endet jedoch nach 20 Jahren am 31.05.2021. Danach entfällt für viele Gebäudeeigentümer die Möglichkeit der indirekten Denkmalförderung (steuerliche Abschreibungen nach EStG) bei der Reparatur und Wiederherstellung der in der Nauener Vorstadt bedeutenden Bauwerke. Als räumlicher Geltungsbereich der Satzung ist die südliche sowie die nördliche Nauener Vorstadt vorgesehen.

Um die weitere Sicherung des Denkmalbereiches zu gewährleisten, ist der Erlass einer Denkmalbereichssatzung erforderlich. Mit dieser Vorlage soll die Öffentlichkeit die Möglichkeit erhalten, Ihre Anregungen und Hinweise einzubringen. Innerhalb des Denkmalbereiches unterliegen beabsichtigte Veränderungen der denkmalgeschützten Gebäude und Freiflächen weiterhin einer Erlaubnispflicht nach dem Denkmalschutzgesetz. Denkmalfachlich ist die Erweiterung des neuen Denkmalbereiches um das Gebiet der nördlichen Nauener Vorstadt von der Alleestraße, der Puschkinallee, der Hessestraße und der Großen Weinmeisterstraße erforderlich.

Herr Pfrogner macht aufmerksam, dass die in der Vorlage enthaltenen Angaben zum Geltungsbereich (schlichte Aufzählung von Flurstücken) für den Bürger nicht aussagekräftig sind. Nach kurzer Verständigung wird gebeten, dies bilateral mit der Verwaltung zu klären.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Gemäß § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl.I/07 (Nr..19), S.286), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 19.06.2019 (GVBl.I/19 (Nr-33) i. V. m. § 4 Abs. 1 des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetz vom 24.05.2004 (GVBl.I/ S.215), wird den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Potsdam Gelegenheit zur Einsichtnahme zum Entwurf der Denkmalsbereichssatzung Nauener Vorstadt gegeben.

Der Entwurf wird öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----------|
| Zustimmung: | 7 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

zu 5.6 Ein Depot für das Potsdam-Museum

Vorlage: 20/SVV/0512

Fractionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
SBWL, KA, FA

Zurückgestellt –siehe Verständigung zur Tagesordnung. Der Antrag wird in der ersten September-Ausschusssitzung erneut aufgerufen.

zu 5.7 Digitaler Marktplatz für den Potsdamer Einzelhandel

Vorlage: 20/SVV/0509

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und bittet um Unterstützung der Verwaltung.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) führt aus, dass das Thema Online-Handel bei der Novellierung des Einzelhandelskonzeptes grob skizziert und berücksichtigt wird. Eine vertiefende Betrachtung im Sinne des Antrags wird jedoch nicht im Rahmen der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes erfolgen.

Was für die kommunale Bauleitplanung erforderlich ist, befindet sich bereits im Geschäftsgang zur Stützung der Innenstadtsituation.

Herr Frerichs (Bereich Wirtschaftsförderung) ergänzt, dass das Einzelhandelskonzept eine Coproduktion vom Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung und der Wirtschaftsförderung sei. Selbstverständlich ist es

wichtig, dass Einzelhändler ergänzend zum stationären Geschäft auch ein attraktives Onlineangebot für ihre Kunden zur Verfügung stellen. Das ist bei einem Großteil der Potsdamer Händler seit langem gelebte Praxis. Private Initiativen, eine gesamtstädtische Online-Plattform für Potsdam zu etablieren, gab es bereits vielfach in den letzten Jahren und aktuell verstärkt im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Der Erfolg einer solchen Online-Plattform ist insbesondere von der breiten Akzeptanz und freiwilligen Mitwirkungsbereitschaft der Händlerschaft abhängig und ist verbunden mit hohen Herausforderungen. Die meisten lokalen Händler bevorzugen aus zeitlichen und finanziellen Gründen sowie den Vorteilen der Flexibilität, Unabhängigkeit, Identität und Kontrolle, die Pflege ihres eigenen Online-Shops. Die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Potsdam unterstützt daher alle privaten Initiativen gleichermaßen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, z.B. durch die Kontaktvermittlung zu den Händlergemeinschaften vor Ort. Klares Ziel ist die Stärkung des Handels und der Verkauf vor Ort. Abschließend bittet Herr Frerichs zu berücksichtigen, dass der Fokus nicht nur auf den Aspekt Einkaufsinnenstadt gelegt werden darf, sondern die Innenstadt auch attraktiv für die Einwohner bleiben muss.

Frau Hüneke stellt klar, dass der Antrag nicht speziell auf die Innenstadt ausgerichtet ist, sondern die Gesamtstadt. Zielstellung ist es, ein Angebot an die Händler zu unterbreiten, welches die Händler annehmen können oder nicht. Aufgrund der Information von Herrn Goetzmann schlägt Frau Hüneke vor, die Worte „im Rahmen der Novellierung des Einzelhandelskonzeptes“ zu streichen.

Herr Gericke ergänzt, dass es sinnvoll sei, die Händler an einen Tisch zu holen und so eine zentrale Koordinierung des Potsdamer Einzelhandels zu ermöglichen.

Herr Schulz bestätigt, dass das Voranbringen des Thema Onlinehandels diskutiert werden solle, jedoch solle die Verantwortung für die Realisierung nicht bei der Stadtverwaltung liegen.

Herr Said äußert, dass der Antrag, einen weiteren Marktplatz zu den bestehenden globalen Plattformen zu schaffen, zu weit gehe. Eine simple Informationsplattform sei hingegen denkbar.

Herr Pfrogner bestätigt, dass ein Zusammenschluss von Händlern auf einem Portal sinnvoll sei und die Landeshauptstadt Potsdam hier höchstens Unterstützung leisten könne.

Frau Reimers macht aufmerksam, dass in Babelsberg bereits ein Onlinemarktplatz von Babelsberger Händlern initiiert worden sei.

Frau Hüneke bittet als Antragstellerin um Zurückstellung des Antrages bis September und gemeinsam zu überlegen, wie der Antrag modifiziert werden könne.

Der Antrag wird in der ersten September-Ausschusssitzung erneut aufgerufen.

zu 5.8 Kontaktaufnahme zum Eigentümer Victoria-Eck

Vorlage: 20/SVV/0521

Fraktion SPD

Frau Reimers bringt den Antrag ein.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) bestätigt, dass eine dauerhafte Wiederbelebung des Standortes Victoria-Eck in der Potsdamer Straße in Form einer gewerblichen Nutzung auch aus Sicht der Wirtschaftsförderung wünschenswert sei. Jedoch wird, wie im Antrag erbeten, eine zeitnahe Kontaktaufnahme, verbunden mit dem Wunsch nach einer gastronomischen Nachnutzung, in der aktuellen Situation als äußerst ungeeignet eingeschätzt. Herr Frerichs empfiehlt, das Wort „zeitnah“ aus dem Beschlusstext zu streichen und den Kontakt nach der Corona-Krise bzw. in einer wirtschaftlich stabileren Situation aufzunehmen.

Mit dieser Streichung könne der Antrag aus Sicht der Verwaltung beschlossen werden. Dazu merkt Herr Frerichs an, dass es sich hier nur um ein Gesprächsangebot seitens der Wirtschaftsförderung handeln kann, die Entscheidung über eine Aufwertung des Standortes und dessen Nachnutzung obliegt dem Eigentümer der Immobilie.

Nach kurzer Verständigung unter den Ausschusssmitgliedern stimmt Frau Reimers der Streichung des Wortes zeitnah zu. An Stelle des Wortes zeitnah wird vorgeschlagen einzufügen: „schnellstmöglich unter Berücksichtigung der Vorschriften der Corona-Pandemie“

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, ~~zeitnah~~ **schnellstmöglich unter Berücksichtigung der Vorschriften der Corona-Pandemie** Kontakt zum Eigentümer der Immobilie Victoria-Eck, Potsdamer Straße 198 in 14469 Potsdam, aufzunehmen. Unter Einbeziehung der städtischen Wirtschaftsförderung soll das Gespräch der Erörterung mit dem derzeitigen Eigentümer zu seinem perspektivischen Vorhaben einer weiteren Nutzung des Gebäudes sowie des angeschlossenen Restaurants dienen. Dabei soll der Oberbürgermeister darauf hinweisen, dass eine weitere gastronomische Nutzung von Gebäudeteilen seitens der Landeshauptstadt durchaus erwünscht ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **0**

Stimmhaltung: 2

zu 5.9 **Sitzungskalender 2021**

Vorlage: 20/SVV/0524

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jäkel bedauert, dass wie im Vorjahr an einigen Sitzungstagen zeitgleich der Ordnungsausschuss tagt, in welchem er ebenfalls Mitglied ist. Zur Entzerrung der Termine hat er konkrete Vorschläge unterbreitet, die nicht beachtet worden sind.

Herr Heuer macht aufmerksam, dass Korrekturen an der einen Stelle zu Überschneidungen an anderer Stelle führen würden und dann andere Stadtverordnete betroffen wären. Mit dem aufgestellten Sitzungskalender sei versucht worden, möglichst allen gerecht zu werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2021 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Die Sitzungstermine des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes für das Jahr 2021 werden bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Zustimmung: | 7 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmhaltung: | 1 |

zu 5.10 **Befestigung Uetzer Dorfstraße**

Vorlage: 20/SVV/0528

Fraktion SPD
SBWL, KUM

Der Antrag wird durch Herrn Heuer eingebracht. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) hat den Antrag bereits behandelt, so dass Herr Heuer vorschlägt, die Zusage aus dem KUM-Ausschuss aufzunehmen, so dass keine Abstimmung erforderlich ist.

Auszug aus der Niederschrift des KUM-Ausschusses:

„Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass eine dauerhafte Befestigung kurzfristig nicht in Planung ist, da hier ein Ausbau und Verbreiterung des Westlichen Berliner Ringes (BAB A10) in diesem Bereich beabsichtigt ist. Ein konkreter Baubeginn zum Autobahnausbau ist nicht bekannt.“

Im Radverkehrskonzept ist der Wegeausbau in der Priorität 2 vorgesehen. Die Verwaltung wird den Weg fahrradtauglich bis Dezember 2020 zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Gefahrenabwehr instandsetzen.“

Dem Vorschlag von Herrn Heuer wird einstimmig gefolgt.

zu 5.11 Beachvolleyballangebot im Volkspark erweitern

Vorlage: 20/SVV/0529

Fraktion CDU

+ ÄÄ Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt nochmals die im Geschäftsgang befindlichen Anträge vor:

Ursprungsantrag der CDU-Fraktion vom 19.05.20

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Beachvolleyballangebot im Volkspark als öffentliches Angebot unabhängig von der professionellen Anlage und deren Realisierung bedarfsgerecht gestaltet werden kann. Dazu ist zu prüfen, wo und wieviel Plätze zusätzlich im Volkspark benötigt und gebaut werden können sowie ein Plan zur Realisierung zu erstellen. Dem Ausschuss für Bildung und Sport ist bis Oktober 2020 zu berichten.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 2.06.20

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt ersetzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Ersatz für den Wegfall der kommerziellen Beachvolleyballanlage im Volkspark, ein öffentliches Ersatzangebot an derselben Stelle im Großen Wiesenpark an der Erich-Mendelssohn-Allee zu schaffen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, zu prüfen, wie eine Ersatzfläche für den Betreiber der Beachvolleyballanlage Funfor4 bereitzustellen ist.

Neue Fassung der CDU-Fraktion vom 03. Juni 2020:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das öffentliche Beachvolleyballangebot im Volkspark unabhängig von der Realisierung der professionellen Anlage für die Saison 2020 bedarfsgerecht zu erweitern.

Herr Goetzmann geht auf Antragsinhalte ein und berichtet, dass die Verwaltung bereits seit mehreren Wochen Anstrengungen im Sinne der Intention des Ursprungsantrages unternimmt. Er empfiehlt daher, dem Ursprungsantrag zu folgen und verweist hier auf den klaren Zusammenhang zwischen Prüfung und Realisierung.

Herr Heuer erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des gerichtlichen Verfahrens.

Herr Goetzmann teilt mit, dass die gerichtliche Befassung nur im Eilverfahren erfolgt ist; jedoch mit klaren Hinweisen zu den Maßstäben, die die Verwaltung im Hauptsacheverfahren berücksichtigen müsse. Die Nacharbeit des Lärmschutzgutachtens sei erforderlich. Diesem Schritt ist der antragstellende Betreiber jedoch nicht mehr gefolgt.

Ergänzend informiert Herr Goetzmann, dass sich die Verwaltung mit der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH bezüglich der Erweiterungsmöglichkeiten von öffentlichen, nicht kommerziellen Beachvolleyballflächen im Volkspark in Abstimmung befindet, so dass die mit dem Ursprungsantrag erbetene Berichterstattung im Ausschuss für Bildung und Sport im Oktober 2020 möglich sein wird. Dabei wird insbesondere das Augenmerk auf die Bedarfsprüfung und den Immissionsschutz gerichtet.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag in seiner Ursprungsfassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Beachvolleyballangebot im Volkspark als öffentliches Angebot unabhängig von der professionellen Anlage und deren Realisierung bedarfsgerecht gestaltet werden kann. Dazu ist zu prüfen, wo und wieviel Plätze zusätzlich im Volkspark benötigt und gebaut werden können sowie ein Plan zur Realisierung zu erstellen. Dem Ausschuss für Bildung und Sport ist bis Oktober 2020 zu berichten.“

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 5.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21, TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger

**zu 5.12.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0035**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Hüneke macht aufmerksam, dass die Prüfung in der Arbeitsgruppe mit dem Ergebnis erfolgt ist, Schülerinnen und Schülern den kostenlosen Nahverkehr zu ermöglichen. Eine kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für alle sei jedoch nicht möglich.

Herr Jäkel äußert, dass die Nutzung für alle bis 18 Jahre kostenfrei ermöglicht werden müsse. Ebenfalls sollten es für Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr gestattet werden. Dies müsse zumindest perspektivisch im Blick behalten werden.

Herr Rubelt macht aufmerksam, dass die Diskussion zu diesem Thema explizit im Fachausschuss (KUM) erfolgen solle.

Herr Dr. Niekisch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung in den KUM-Ausschuss zur weiteren Prüfung.

Diesem Vorschlag wird einstimmig gefolgt.

**zu 5.12.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung
Vorlage: 20/SVV/0033**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Reimers erinnert an die ausführlichen Informationen im Zusammenhang mit der Behandlung des Antrages Lichtschutzleitlinie (19/SVV/1291) und empfiehlt, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Gericke unterstützt den Vorschlag und regt an, die Formulierung „in Umsetzung“ zu wählen.

Herr Said vertritt die Auffassung, dass nicht weniger Beleuchtung, sondern mehr Beleuchtung erforderlich wird und verweist hier auf den Sicherheitsaspekt. Gerade an kriminalitätsgefährdeten Orten sei dies dringend erforderlich.

Herr Dr. Niekisch bestätigt, dass der Antrag darauf abzielt, Energie einzusparen, wo es sinnvoll ist.

Herr Heuer kann der Formulierung „in Umsetzung“ folgen, angesprochen sind damit die Punkte, wo ein Verzicht auf unsinnige Beleuchtung, verfolgt werden kann.

Herr Jäkel hält die Formulierung für missverständlich.

Frau Reimers fasst zusammen, dass es hier um den Aspekt der verzichtbaren Beleuchtung sowie des energieeinsparenden Einsatzes gehe, jedoch keinesfalls um die Gefährdung von Sicherheitsaspekten.

Unter dieser Maßgabe stellt der Ausschussvorsitzende zur Abstimmung, den Antrag „als in Umsetzung“ abzustimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes betrachtet den Antrag „als in Umsetzung“

Die Ausleuchtung öffentlicher Gebäude und die Beleuchtung durch Straßenlaternen wird eingeschränkt. Dazu werden zunächst Straßenabschnitte identifiziert, bei denen eine Reduzierung der nächtlichen Beleuchtung in Frage kommt (u.a. Fliederweg).

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----------|
| Zustimmung: | 6 |
| Ablehnung: | 1 |
| Stimmhaltung: | 1 |

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 6.1 Information - B-Plan 36-2 Leipziger Str. / Brauhausberg, 1. Änderung -
Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag mit SWP
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung**

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert, dass die aktuelle Beschlussvorlage auf den Aufstellungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03.05.2019 zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 36-2 „Leipziger Straße / Brauhausberg“ im Teilbereich „Am Brauhausberg /Am Havelblick“ (DS 19/SVV/0299) beruht. Der Oberbürgermeister ist mit diesem Beschluss beauftragt worden, die Umbaumaßnahmen der Platzsituation unterhalb des „Minsk“ mit der Hasso-Plattner-Stiftung so zu präzisieren, dass eine hohe Aufenthaltsqualität entsteht, die sich an der früheren Gestaltung des Brauhausberges orientiert. Die Maßnahme soll im Rahmen der Umbauarbeiten Leipziger Straße / Brauhausberg realisiert und ausfinanziert werden. In den Abstimmungen mit der Hasso-Plattner-Stiftung und der Stadtwerke GmbH wurde eine Gesamtplanung zur Umgestaltung der Flächen beiderseits der Max-Planck-Straße entwickelt. Ziel ist die Schaffung eines zusammenhängenden öffentlichen Raums mit städtebaulicher Individualität in Analogie an die Freiflächengestaltung der 1970er Jahre.

Das Planverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 36-2 ist nahezu abgeschlossen; der Satzungs- und Abwägungsbeschluss ist Gegenstand einer gesonderten Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung am 19.08.2020.

Die aktuelle Beschlussvorlage, die den Stadtverordneten zur Sitzung am 19.08.2020 vorliegt, hat die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zum

städtebaulichen Vertrag mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zum Gegenstand. Die Verwaltung empfiehlt, diesem städtebaulichen Vertrag bereits direkt zu beschließen, um den erforderlichen Umbau der Max-Planck-Straße auf der Grundlage des Erschließungsvertrags zügig zu ermöglichen.

Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

zu 7 Sonstiges

Herr Putz spricht die Bürgerhaushaltsanträge an und macht aufmerksam, dass sich insbesondere die Herstellung der barrierefreien Innenstadt beschleunigen müsse.

Dr. Wieland Niekisch
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift